

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.

RUNDSCHREIBEN 2026



Inhalt:

- 3 editorial
- 4 10 Dinge, die wir über Nicaragua im Jahr 2025 gelernt haben
- 10 Die Stille Erbfolge
- 15 Wovon wir alle lernen können
- 24 Feministische Netzwerke
Nicaraguas in Zeiten der Repression
Eine kurze Geschichte feministischer
Bewegungen in Nicaragua
- 36 Warum heute internationale
Solidarität?



Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweerthstr. 8
42107 Wuppertal
Telefon 0202 - 30 00 30

Email: info@infobuero-nicaragua.org
Internet: www.infobuero-nicaragua.org

editorial

Autoritäre Tendenzen und autoritärer Umbau sind auch 2025 in vielen Regionen der Welt Realität. Ebenso erleben Militarisierung, ein Ausbau von Überwachung und eine Abwertung von Menschenrechten neuen Aufwind. Feministische und umweltpolitische Errungenschaften werden angegriffen oder abgetan. Nicaragua unter Ortega-Murillo ist hier nur ein Beispiel von vielen.

Wir haben die Auswahl unserer Artikel in diesem Jahr stärker auf Analysen und Reflexionen ausgerichtet: Wie hat sich die Situation in Nicaragua und für Exil-Nicaraguaner*innen über die letzten Jahre verändert? Wie hat sich der Staatsumbau entwickelt? Was können wir in Deutschland aus dem fortdauernden Einsatz gegen Diktatur und Repression und für Menschenrechte in Nicaragua lernen? Lassen sich Strukturen oder Methoden feministischer Bewegungen oder von Umweltkämpfen in Nicaragua übernehmen für den Kampf gegen zunehmende Überwachung und gewaltvolle rechte Strukturen hier in Deutschland? Was bedeuten die Erlebnisse für Solidaritätsarbeit, für eine transnationale Vision und für Möglichkeiten des Engagements aus dem Exil?

Auch wenn die Situation in Nicaragua schwierig ist, geben die Einblicke doch auch immer wieder Hoffnungsschimmer. In diesem Sinne: Auf ein emanzipatorisches/kämpferisches/Hoffnung spendendes 2026.

Euer Team vom Infobüro Nicaragua



10 Dinge, die wir über Nicaragua im Jahr 2025 gelernt haben



1. Die Verfassung trägt jetzt Rot und Schwarz

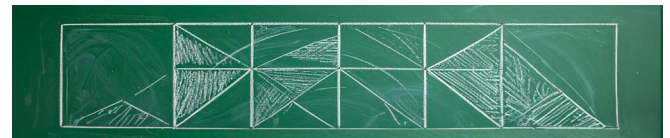
Die Verfassungsreform vom Januar machte die FSLN-Flagge zum Nationalsymbol und legalisierte die „Freiwillige Polizei“ – eine patriotische Variante des Nachbarschaftswächters. Gleichzeitig schuf sie das Amt der Kopräsidentschaft, das die Machtteilung des Ehepaars Ortega-Murillo offiziell machte. Nebenbei wurden die Präsidentschaftswahlen 2026 abgesagt – angeblich im Namen der nationalen Einheit – und Dekrete des Präsidenten erhielten Verfassungsrang. Das Parlament bleibt als Applausmaschine. Eine Verfassung, die Macht nicht verteilt, sondern zementiert: Demokratie in perfekt abgestimmtem Rot und Schwarz.

2. UNO, UNESCO und DEA gehen – die Akten bleiben

2025 trat Nicaragua aus dem Menschenrechtsrat der UNO aus und kündigte seinen Rückzug aus der UNESCO an. Gleichzeitig endete die Zusammenarbeit mit der US-Drogenbehörde DEA. Offiziell gilt das als Akt der Souveränität, doch der Bericht der UN-Expertengruppe (GHREN) zeichnet ein anderes Bild: Der Staat begeht seit 2018 systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit – willkürliche Verhaftungen, Folter, sexuelle Gewalt, politische Verfolgung. Das Justizsystem steht vollständig unter Kontrolle. Was die Regierung als Unabhängigkeit verkauft, dokumentiert die UNO als gefestigte Straflosigkeit.

3. Die Opposition sucht sich neu – und stolpert weiter

Angesichts der geschlossenen politischen Räume schlug die Opposition 2025 eine „Versammlung im Exil“ vor, um sich im Ausland zu organisieren. Doch das Projekt zeigte erneut die alten Risse. Unabhängige Medien wie Confidential und Divergentes berichten von Spaltungen und Boykotten zwischen liberalen Gruppen, zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Unternehmern. Ein geplanter Termin mit Vertretern der US-Regierung platzte über Streitigkeiten um die Teilnahme. Während das Regime alle staatlichen Strukturen kontrolliert, ringt die Opposition im Exil weiter um Legitimität – und bleibt dabei in ihren alten Mustern gefangen.



4. Das Exil ist kein sicherer Ort

Am 19. Juni 2025 wurde der pensionierte Oberst Roberto Samcam, ehemaliger Offizier der sandinistischen Armee und einer der prominentesten Kritiker des Regimes, in seiner Wohnung in San José, Costa Rica, erschossen. Laut dem Bericht der UN-Expertengruppe (GHREN) steht der Mord im Zusammenhang mit einer staatlich gelenkten transnationalen Repressionspolitik, die Oppositionelle auch außerhalb Nicaraguas verfolgt. Das Regime nutzt Überwachung, Einschüchterung und Gewalt, um Exilanten zum Schweigen zu bringen – ein Muster, das als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden könnte. Das Exil, einst Zuflucht, ist 2025 zur Verlängerung des Risikos geworden.

5. Gott will's – mit polizeilicher Genehmigung

Seit 2018 wurden mehr als 260 Priester und Ordensleute aus Nicaragua ausgewiesen. 2025 gingen die Enteignungen kirchlicher Gebäude weiter; mehrere Diözesen verloren Schulen und Pfarreien an den Staat. In Regionen wie Matagalpa, Estelí und Granada müssen Geistliche für Messen Genehmigungen einholen, während Prozessionen verboten bleiben. Laut der UN-Expertengruppe (GHREN) handelt es sich um eine gezielte Politik, die Religionsfreiheit einzuschränken und die kritische Stimme der Kirche zu bestrafen. Der Glaube lebt weiter – aber unter Aufsicht.



6. Zu verkaufen: Land – Direktkontakt mit der Familie

Während die USA die Suspendierung Nicaraguas vom CAFTA-DR-Abkommen prüfen, warb das Regime in China für neue Geschäfte: Nicaragua zu verkaufen, Steuern inklusive null Prozent. Im November 2025 bot Laureano Ortega Murillo, Sohn des Machthaberpaars, chinesischen Investoren „staatliche Grundstücke“ und uneingeschränkte Steuerbefreiung in den neuen Sonderwirtschaftszonen (ZEE) an. Das entsprechende Gesetz 1264 garantiert unbegrenzte Steuervergünstigungen und Konzessionen – verwaltet von Laureano selbst. Es wirkt weniger wie Wirtschaftspolitik als wie ein Familienbetrieb: ein Land, präsentiert als Privatbesitz der Ortega-Murillos, mit patriotischem Etikett und Mandarinakzent.



7. Die Karte nach den Kopräsidenten

Am 5. August 2025 verabschiedete das Parlament das Grenzgesetz Nr. 1258, das einen 15 Kilometer breiten Streifen entlang aller Grenzen zum Staatseigentum erklärt – rund 18.465 km², etwa 14 % des Landes. Unter dem Vorwand der „nationalen Sicherheit“ vollzieht die Regierung eine verdeckte Enteignung, die Bürger zu Duldungsbesitzern degradiert. Betroffen sind 27 Grenzgemeinden, deren Autonomie abgeschafft wird. Die Maßnahme militarisiert ganze Regionen und verschiebt die Grenzen des Eigentums – buchstäblich. In der neuen Landkarte der Macht zeichnet das Regime das Land nach seinem Willen neu.

8. Meister des Misskredits

Die wichtigsten internationalen Rankings 2025 zeigen ein eindeutiges Bild. Transparency International gab Nicaragua 14 von 100 Punkten – eines der korruptesten Länder der Welt. Reporter ohne Grenzen (RSF) platzierte es auf Rang 172 von 180 in der Pressefreiheit, Schlusslicht in Lateinamerika. Freedom House bewertete das Land mit 14/100 Punkten als „nicht frei“. Der World Justice Project setzte es auf Platz 137 von 142 beim Rechtsstaatlichkeitsindex, und CIVICUS erklärte den zivilgesellschaftlichen Raum für „geschlossen“. Mit Repression, Zensur und systemischer Korruption ist Nicaragua zur schmachvollen Referenz des Autoritarismus geworden.

9. Von der Revolution auf die Anklagebank

Am 30. Oktober 2025 legte die UN-Expertengruppe (GHREN) der Generalversammlung der Vereinten Nationen ihren bisher härtesten Bericht vor: Der nicaraguanische Staat begeht systematisch Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gestützt auf 1.900 Interviews und 9.300 Dokumente beschreibt der Bericht eine Politik, die auf Angst, Gewalt und Entrechtung basiert. Die Experten fordern die



internationale Gemeinschaft auf, gerichtliche Schritte und gezielte Sanktionen gegen die Verantwortlichen, darunter Daniel Ortega und Rosario Murillo, einzuleiten. Was einst als Revolution galt, steht heute mit einem Fuß vor dem internationalen Gerichtshof.

10. Die Ortega-Murillos gegen die FSLN

Die Macht in Nicaragua hat sich endgültig gegen ihre eigene Herkunft gewandt. Im Jahr 2025 führte das Regime eine innere Säuberung durch, die ehemalige Kommandanten, Minister, Richter und alte Verbündete der Sandinistischen Front traf. Bayardo Arce, einst Wirtschaftsberater Ortegas, wurde verhaftet; Lenín Cerna und Néstor Moncada Lau verloren ihren Einfluss; Generäle wie Álvaro Baltodano wurden wegen „Verrats“ verurteilt. Selbst Familienangehörige wie Xiomara Blandino wurden ausgeschlossen. Der Tod von Humberto Ortega, dem Bruder des Präsidenten, im Vorjahr unter Hausarrest, war ein Vorzeichen: Die Front, die einst die Revolution trug, ist heute ihr letztes Opfer.



Die Stille Erbfolge

Im Jahr 2020, während des Besuchs des Präsidenten der Königlichen Spanischen Akademie in Nicaragua, machte Daniel Ortega eine Bemerkung, die alle kannten, die aber bis dahin niemand laut ausgesprochen hatte: „Formal ist (Rosario Murillo) Vizepräsidentin, aber in Wirklichkeit ist sie ebenfalls Präsidentin.“ Der Gast antwortete ironisch: „Oder Superpräsidentin.“ Es war eine Mitteilung ohne Siegel und Unterschrift, so klar wie der Himmel über Managua im Februar – ein symbolischer Moment, der den Beginn des Machtübergangs auf der Ebene der öffentlichen Rhetorik markierte. Diese Geste erfolgte kaum anderthalb Jahre nach dem einschneidenden Jahr 2018. Was damals noch symbolisch war, steht heute in der Verfassung.



Damals war es eine Nachricht, doch bald verschwand sie aus den Schlagzeilen. Die Akte der Grausamkeit, die das diktatorische System prägen, wiederholen sich mit schmerzlicher Regelmäßigkeit, manchmal an aufeinanderfolgenden Tagen, bis die Meldungen ineinanderfließen und verblassen. Heute gehört die Diskussion darüber, wie und wann der Übergang in Nicaragua stattfinden wird, nicht nur zu den zentralen Themen der politischen Analyse, sondern scheint auch das Hauptanliegen der Familie Ortega-Murillo zu sein. Doch der Übergang hat längst stattgefunden: Rosario Murillo ist heute diese „Superpräsidentin“. Machtwechsel verlaufen nicht immer feierlich oder verherrlichend; oft, wie in diesem Fall, geschehen sie im Verborgenen, abseits der Öffentlichkeit – ganz im Stil der Familie Ortega-Murillo.

Die großen Übergänge, die das Gesicht Nicaraguas verändert haben, waren selten und meist rückwärtsgerichtet. Aus institutioneller Sicht lässt sich eine vorläufige Liste so skizzieren: der Übergang von der Kolonie zum Nationalstaat; dann vom unabhängigen Staat zum Satelliten der Vereinigten Staaten; später der wirtschaftliche Wandel Mitte des 20. Jahrhunderts, getragen vom agroexportorientierten Boom; und

schließlich der Übergang vom US-Satellitenstaat zum revolutionären Staat. Der wichtigste – und vielleicht auch der kürzeste – war der Übergang zu einem demokratischen Staat, mit gravierender Korruption, aber erstmals ohne Diktator. Der letzte Wandel war hingegen der tiefste Rückschritt: vom korporatistischen Staat unter den Ortega-Murillos, gestützt durch venezolanische Kooperation, hin zum Familienstaat.

Nicaragua muss im regionalen Kontext betrachtet werden: Auch in den anderen zentralamerikanischen Republiken vollzieht sich ein Übergang – weniger abstoßend, aber gesellschaftlich bedeutsam. In Panama markiert die Rückkehr der Vereinigten Staaten in die Karibik eine Wende in den Handels- und Sicherheitsbeziehungen, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Die Karibik, darf man nicht vergessen, ist das Mittelmeer Amerikas. In Costa Rica steht das Sozialmodell des Landes auf dem Prüfstand: Eine bisher unbekannte Welle der Gewalt bedroht die Stabilität einer der gefestigsten Demokratien des Kontinents. In Honduras finden Wahlen statt, nachdem der ehemalige Präsident Juan Orlando Hernández in New York wegen Drogenhandels verurteilt wurde – keiner der Kandidat:innen verspricht einen klaren Ausweg aus der wirtschaftlichen Schieflage. In El Salvador könnte sich einer der tiefgreifendsten politischen Übergänge des Landes vollziehen: Nayib Bukele hat die Verfassung geändert und die Flamme der unbegrenzten Wiederwahl über die brennenden Träume der Bevölkerung gehalten. In Guatemala hält sich Arévalo, ohne große soziale Erfolge, aber mit dem Verdienst, mehrere Putschversuche überstanden zu haben.

Manche Übergänge sind – obwohl sie meist langwierige Prozesse darstellen – vor allem symbolisch. In der kollektiven Erinnerung bleiben ikonische Fernsehbilder: Hugo Chávez, schwer krank, der dazu aufrief,

nach seinem Tod Nicolás Maduro zu wählen; oder Boris Jelzin, der zum Jahreswechsel 1999 das Amt an Wladimir Putin übergab. Doch der wohl symbolträchtigste Machttransfer war der von Fidel Castro an seinen Bruder Raúl im Jahr 2006 – eine Allegorie des Abschieds, denn mit Fidel zog sich der letzte noch lebende Führer der ehemaligen Sowjetunion aus der Geschichte zurück.

Fidel Castro lebte noch zehn Jahre und hinterließ einen revolutionären Staat, der verfallen, autoritär und ruiniert war – nicht nur durch die US-Blockade, sondern auch durch die Fehlentscheidungen und die Brutalität seiner eigenen Führung. Daniel Ortega hingegen hat sich weitgehend aus dem Tagesgeschäft zurückgezogen, während Rosario Murillo die Macht täglich über das gesamte Land – zu Wasser und zu Land – ausübt, aus jenem von beiden erfundenen und grotesk benannten Amt der Kopräsidentschaft. Eine Absurdität, gleichbedeutend mit der Behauptung, es könne zwei erste Plätze geben – eine Farce des absoluten Machtanspruchs, den beide verkörpern.



© Marcelo Montecino | Wikipedia

Der Übergang ist ein Prozess, der sich noch nicht verfestigt hat, das stimmt; doch nur im Diskurs der Opposition scheint er vom Tod Daniel Ortegas abzuhängen, denn – so ihre Logik – erst dann werde sich die Haltung des Militärs zeigen. Dieses passive Warten offenbart die Zersplitterung der Opposition und damit das Fehlen eines Übergangsprogramms, das ihren Spekulationen Substanz verleihen könnte. Tatsächlich aber hat der Übergang bereits stattgefunden: Die Zeichen sind unübersehbar. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Säuberung, die Rosario Murillo gegen Regierungsmitglieder und ehemalige Kommandanten der Revolution anführt – von Humberto Ortegas Tod im Hausarrest 2024 bis zur jüngsten Verhaftung von Bayardo Arce, dem wirtschaftlichen Berater der Präsidentschaft, einst Herr zweier Lehen: des politischen – der Unternehmer:innen – und des privaten, bestehend aus Reisfeldern und Bauunternehmen.

Die Liste der im Inneren der FSLN Geköpften wird täglich länger. Ebenso wächst die der politischen Gefangenen – ein erschütterndes Drehtürsystem. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sollen im November 2027 stattfinden; so entschieden es Daniel und Rosario, obwohl die Verfassung ursprünglich 2026 vorsah. Sie vertrauen darauf, dass sie bis dahin ihren Übergangsprozess abgeschlossen haben werden. Möglich ist es. Doch wenn man jenen Glauben schenkt, die meinen, die innere Implosion der FSLN werde die Familie Ortega-Murillo aus der Macht drängen, dann könnte 2027 den Beginn einer neuen Transition markieren – einer, auf die, einmal mehr, niemand vorbereitet scheint, am allerwenigsten die Opposition.

Wovon wir alle lernen können

Fundacion del Rio leistet beispielhafte Arbeit zur Beobachtung der Umweltzerstörung und deren Verhinderung ... auch aus dem Exil

Interview mit Amaru Ruíz ¹, der als Vertreter des nicaraguanischen Widerstandes im Exil an der Jahres-Tagung des „Runden Tisch Zentralamerika“ im Oktober 2025 in Berlin teilnahm.

Wie siehst du die Beziehung zwischen der globalen Klimakrise und den Nutzungskonflikten in den Schutzgebieten Nicaraguas Indio Maíz und Bosawas?

Die wichtigsten Wälder in diesen Schutzgebieten verschwinden und das führt zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen. Zwar ist dieser Anstieg im Vergleich zu den weltweiten CO₂-Emissionen nicht si-

¹ Amaru Ruiz ist Präsident der Umweltorganisation Fundacion del Rio, die sich seit 1990 für den Schutz indigener Lebensräume und seiner natürlichen Ressourcen einsetzt.





gnifikant, da Nicaragua nicht zu den großen Emittenten wie die USA, China, Europa² gehört. Dennoch ist Nicaragua stark verwundbar durch die Auswirkungen des Klimawandels. Die Wälder haben in dieser Region dazu beigetragen, die Auswirkungen von Hurrikanen zu verringern, dienen als natürlicher Lebensraum und sind Teil des Territoriums der indigenen und afroamerikanischen Gemeinschaften. Sie spielen eine grundlegende Rolle in der Aufnahme von Treibhausgasen als Nicaraguas Beitrag, um weiterhin CO₂ aus der Atmosphäre zu binden. Es besteht offensichtlich eine wichtige Verbindung zwischen dem internationalen Kampf gegen den Klimawandel und den Wäldern Lateinamerikas, einschließlich der großen Wälder Mittelamerikas und Nicaraguas in Indio Maíz und Bosawas. Dennoch ist die Klimakrise auch eine Krise, bei der unterschieden werden sollte: in die großen Emittenten, die hauptsächlich für die Treibhausgase und die Intensität des Klimawandels verantwortlich sind und in unsere weniger entwickelten Länder, die sich den Folgen gegenüber sehen, die die entwickelten Länder verursachen. Daher muss es auch Klimagerechtigkeit geben. Und Klimagerechtigkeit muss soziale Gerechtigkeit beinhalten; und genau das sehen wir im nicaragua-

² sog. Annex-1-Länder

nischen Fall nicht. Obwohl wir kein emissionsstarkes Land sind, gibt es hier Menschenrechtsverletzungen, Änderungen in den Rechtssystemen, Umweltzerstörung und ein extraktivistisches Modell³, das die Bedrohung der Ökosysteme vorantreibt, die für den Kampf gegen den Klimawandel äußerst wichtig sind, besonders weil durch diese Ökosysteme die Aufnahme von Treibhausgasen bereit gestellt wird.

Wie hängen die globalen CO₂-Politiken mit konkreten Umweltkämpfen in Mittelamerika und Nicaragua zusammen, und wie beeinflussen sie sich gegenseitig?

Das Regime von Ortega-Murillo ist vor allem darauf ausgerichtet, finanzielle Ressourcen zu beschaffen, indem es an den internationalen Verhandlungsplattformen innerhalb der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaänderungen teilnimmt. Das Hauptinteresse des Regimes besteht darin, Liquidität oder frisches Geld zu erhalten, ohne irgendeine Verpflichtung in Bezug auf die von der UN-Klimarahmenkommission geförderten Politiken einzugehen. Aber es gibt keine Kohärenz zwischen dem, was dort vorgeschlagen wird, um Mittel zu erhalten, und Nicaraguas Politik zur Umweltentwicklung. In Nicaragua als hoch vulnerables Land gegenüber dem Klimawandel sollte die Priorität auf den Anpassungsprozessen liegen. Das Regime befördert jedoch weitere Schädigungen, weil es Landnutzungsänderungen nicht stoppt und Maßnahmen zur Verbesserung der Fähigkeiten der Bevölkerung aus den gefährdeten Gebieten, aus der Karibik, aus der Zone des zentralamerikanischen Korridors usw. nicht voranbringt. Einerseits beteiligt es sich also an

³ ein auf Rohstoff-Export und Raubbau gegründetes Wirtschaften zum Nachteil lokaler indigener Gemeinden und der Biodiversität

diesen Plattformen der globalen Politik, die das in der Klimarahmenkonvention Festgelegte umsetzen sollen, andererseits handelt es inkonsequent bei der Anwendung dieser Politiken auf nationaler Ebene und verhält sich genau gegenteilig. Nationale Umweltpolitiken, die vom Regime vorangetrieben werden, führen zu einem höheren Ausstoß von Treibhausgasen, weil sie exzessive Viehzucht fördern und Bergbau und Landnutzungsänderungen vorantreiben, die zu den Hauptverursachern der Treibhausgase Nicaraguas gehören.

Was bedeutet das neue Gesetz über Gebiete des Umweltschutzes und nachhaltiger Entwicklung⁴?

Mit diesem Gesetz hat das Regime das Umweltrechtssystem durcheinandergebracht, indem es die Umsetzung extraktiver Projekte und die Vergabe von Bergbaukonzessionen innerhalb von Schutzgebieten ermöglicht. Offensichtlich schwächt das Regime den bestehenden rechtlichen Umwelt-Rahmen, um wirtschaftliche Interessen über Umwelt- und Sozialinteressen Nicaraguas zu stellen.

Wie ist die aktuelle Situation bezüglich der Konzessionen chinesischer Unternehmen?

Das Regime hat unzählige chinesische Konzessionen vergeben. Wir werden eine Untersuchung dazu veröffentlichen. Es gibt eine Veränderung in der Kontrolle, die das Regime zwischen sich und seinen Partnern im nicaraguanischen Bergbausektor einrichtet, weil es weiß, dass hier wichtige Ressourcen generiert werden, und die möchte es kontrollieren. Mit dem Eintritt der chinesischen Bergbaukonzessionen werden diese Konzessionen ohne jegliche Kontrolle, ohne Umwelt-

verträglichkeitsprüfungen, ohne Konsultationsprozesse erteilt; sie werden in indigenen Gebieten, in Schutzgebieten eingerichtet. Langfristig wird dies größere Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Gemeinschaften in diesen Gebieten haben.

Wie wird der Widerstand der lokalen Bevölkerung unter den aktuellen Repressionsbedingungen unterdrückt?

Ich glaube, es gibt Hoffnung. Die nicaraguanische Bevölkerung hat in der Geschichte ihre Überdrüssigkeit und ihre Fähigkeit gezeigt, Einfluss zu nehmen und Widerstandsaktionen zu initiieren. Die nicaraguanische Bevölkerung hat auch verstanden, dass sie nicht offen auftreten kann, dass sie aufgrund der Repression des Regimes alles im Verborgenen tun muss. Dennoch setzen die indigenen und afro-nicaraguanischen Gemeinschaften ihren Widerstand fort, die städtischen Gemeinschaften und verschiedene organisierte Bevölkerungsschichten sind nach wie vor im Land, und es gibt Unzufriedenheit, die sich momentan aufgrund des hohen Repressionsniveaus nicht in Mobilisierung umwandeln lässt, die jedoch lebendig ist und jederzeit das Kräfteverhältnis ändern und Nicaragua transformieren könnte. Und das ist etwas, das latent und



⁴ Gesetz Nr. 1248, veröffentlicht am 6. Mai 2025 in Gaceta

dauerhaft vorhanden ist. Es gibt auch offenkundig Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sogar bei Menschen aus den eigenen Reihen, die ebenfalls vom Regime unterdrückt wurden. Sie leisten weiterhin Widerstand und warten auf den geeigneten Moment, um sich äußern zu können.

Was waren die entscheidenden Faktoren bei der Stornierung des Bioklima-Projekts⁵?

Ich denke, dass die Einstellung des Bioklima-Projekts vor allem durch 4 Jahre Lobbyarbeit, Organisation und Widerstand der indigenen und afroamerikanischen Gemeinschaften gegen dieses Projekt erreicht wurde. Es wurde ein Widerstandsniveau aufrechterhalten, das die Aktivitäten des Projektes überwachte und die erfolgreiche Einreichung einer Beschwerde beim Green Climate Fund ermöglichte. Die Organisationen konnten diesen Prozess begleiten und dem Prüfungsmechanismus des Grünen Klimafonds zeigen, dass gegen die vom Fonds festgelegten Grundsätze der Umweltverträglichkeit verstoßen wurde und dass folglich jedes Vorhaben, das unter dem Regime Ortega-Murillo umgesetzt oder ausgezahlt wurde, gestoppt werden musste. Dies gelang deshalb, weil die Mechanismen vorhanden waren und es einen Widerstand gab, der unter genau den Regeln handelte, die der Grüne Klimafonds für die entsprechenden Maßnahmen festgelegt hatte, und weil es aus der Gesellschaft politische Einflussnahme in diesen Räumen gab, um mit Fakten und Beweisen die Verstöße zu belegen, die sich aus der Umsetzung dieses Projekts ergeben würden, sowie die Fehler, die bei der Ausarbeitung des Projekts gemacht wurden,

⁵ Förderprojekt des internationalen Green Climate Fund für Nicaragua. Der stellt Fördermittel für Entwicklungsländer zur Verfügung, um Klimaziele zu erreichen

weil die Gemeinschaften des Pazifiks, die indigenen und afro-nicaraguanischen Gemeinschaften nicht konsultiert wurden. Ich glaube, es ist ein Beispiel für einen erfolgreichen Widerstand durch Unterstützung der Fundación del Río.

Hat die illegale Viehzucht zur Rindfleischproduktion in den letzten Jahren weiterhin zugenommen?

Die Viehzucht ist einer der Hauptgründe für die Abholzung im Land. Nicaragua hat mehr als 6,5 Millionen Rinder, und die Viehzucht ist veraltet, extensiv, für jedes Rind benötigt man einen Hektar Land für Weide und Viehfutter. Und leider hat das Regime die Viehzucht als Modell gefördert, sodass sie in das nicaraguanische Karibikgebiet verlagert wurde, wo es Wasser



CONSULTAS Y CONSENTIMIENTO LIBRE SEGÚN LA DICTADURA

und Graswachstum gibt, das Hauptnahrungsmittel des Viehs. Indigene Gebiete und Schutzgebiete wurden verdrängt oder besetzt. Es gibt eine Umnutzung von Land, die hauptsächlich von Wald zu Busch- und Weideland erfolgt, und es gibt eine Verantwortung des Viehzuchtsektors für einen gesamten Korruptionsprozess rund um die Rückverfolgungssysteme dieser Industrie, und einen fehlenden politischen Willen,

diese Realität zu verändern. So haben wir Viehzucht innerhalb von Schutzgebieten, Viehzucht innerhalb indigener Gebiete, Viehzucht, die indigene und afrostämmige Gemeinschaften verdrängt. Offensichtlich ist Viehzucht Teil der verschiedenen Probleme, mit denen diese geschützten Ökosysteme und die indigenen sowie afrostämmigen Gemeinschaften konfrontiert sind, die sich gegen diese von Ortega-Murillo auferlegten und geförderten Modelle wehren. Daher rührt auch die Bedeutung der neuesten Anschuldigungen vor dem Menschenrechtsrat in Genf, die wegen Verletzungen der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung erhoben wurden. In Nicaragua werden weiterhin die Menschenrechte der Bevölkerung, einschließlich der indigenen Gemeinschaften, verletzt. Wir haben die Alarmbereitschaft und den Protest von mindestens acht Mayagna-Forstaufsehern wahrgenommen, die festgenommen wurden. Es gab willkürliche Festnahmen, und das interamerikanische und das universelle System haben sich zu diesen Festnahmen geäußert. Diese Verteidiger des Landes und des Territoriums sind weiterhin inhaftiert und zudem verurteilt – vier von ihnen zu lebenslanger Haft, die anderen zu mehr als 20 bzw. 25 Jahren Gefängnis. Es gibt eine Politik des Staates, indigene Verteidiger ihrer Territorien zu verfolgen, die eine wichtige Arbeit beim Schutz der Ökosysteme innerhalb der indigenen Territorien geleistet haben. So sind es die Gemeinschaften selbst, die diese Ökosysteme historisch bewahrt haben und über traditionelle Formen wie die Gemeinschaftswächter verfügen, die für den Schutz der Ressourcen zuständig sind, und dass sie leider auch für diese Arbeit kriminalisiert wurden, für das Melden, für das Aufzeigen der Abholzungsprozesse, die in ihren Gebieten stattfinden, gefördert von den großen extraktiven Interessen, die in diese Gebiete kommen und sie vertreiben.

Was sind die wichtigsten Erfolge der Fundación del Río?

Eine der Hauptleistungen der Organisation besteht darin, weiterhin in Nicaragua und aus Costa Rica zu arbeiten, das Thema der geschützten Gebiete in die öffentliche Meinung zu bringen, das Umweltthema, auch die öffentliche Aufmerksamkeit für die Verletzungen der Rechte der indigenen und afro-nicaraguanischen Gemeinschaften zu schaffen. Diese Gemeinschaften wurden in den Prozessen der Meldung und internationalen Einflussnahme begleitet, den Fall des Bioklima-Projekts vor dem Grünen Klimafonds zu präsentieren – dies auch in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Auch vor der Weltbank wurde die Tatsache aufgezeigt, ein REDD+-Projekt⁶ zu haben – das ebenfalls nach Nicaragua gehen sollte – bei dem die Umwelt- und Sozialschutzvorschriften nicht eingehalten wurden.

Wie können wir Ihre Bemühungen von hier aus weiterhin unterstützen, aus Solidarität?

Ich glaube, dass Solidarität von entscheidender Bedeutung war – die deutsche Solidarität – ich denke, man muss diese Solidaritätsbande stärken, wir sollten dazu beitragen, dass von hier aus ein höheres organisatorisches Niveau dieser Solidarität entsteht, indem wir andere Organisationen, andere Räume, andere deutsche Forschungsinstitute und Universitäten einbeziehen, um die Forschungen und die Arbeit, die wir als Organisation dort leisten, zu unterstützen, aber auch andere Organisationen und andere Solidaritätsgruppen, die arbeiten und den Kampf für die Transformation in Nicaragua unterstützen.

6 Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, Mechanismus zum Schutz von Wäldern und Biodiversität



Feministische Netzwerke Nicaraguas in Zeiten der Repression

Eine kurze Geschichte feministischer Bewegungen in Nicaragua



Beim Aufbau des befreiten Nicaraguas in den 1980ern organisierten sich viele Frauen zunächst in der parteinahen Organisation ANMLAE und setzten sich für die Rechte der Frauen in der Familie, bei Scheidung oder bei der Begleitung von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt waren, ein. Schnell wurde klar, dass auch die sandinistischen Männer hier Täter waren. Durch die Arbeit des 1983 gegründeten Rechtshilfebüro für Frauen gerieten sie



so schnell in Widerspruch zur Partei. Die Frauenfrage wurde dort nur als Nebenwiderspruch gesehen. Die Kämpfe um gerechte Verteilung der Hausarbeit, gegen patriarchale Gewalt und den machismo führten dazu, dass die Frauen als wichtige gesellschaftliche Gruppierung gehört wurden. Mit dem zunehmendem Contra-Krieg hörten die Konflikte innerhalb der FSLN jedoch nicht auf; immer wieder wurden die Forderungen der Frauenbewegung an den Rand gedrängt. Nach der Wahlniederlage der FSLN 1990 traten die Konflikte immer offener zu Tage. Zu einer klaren Distanzierung der Frauenbewegung von der FSLN kam es schließlich 1992 durch einen Kongress, bei dem sich die ersten Frauenorganisation als autonom bezeichneten und sich von der Partei emanzipierten. Danach bildeten sich viele Frauengruppen, die ihre Arbeit mit ihren Zielgruppen autonom entwickelten. Sie machten frauenbezogene Analysen und arbeiteten zu Rechtsfragen, Gesundheitsproblemen und zu ökonomischen Empowerment. Innerhalb weniger Jahre wurden über 100 NGOs gegründet, die nicht länger innerhalb der Top-Down-Strukturen der FSLN agierten. Sie schulten Frauen auch politisch, um den Machos



selbstbewusst entgegenzutreten. Eingebunden in die internationale Bewegung für Gendergerechtigkeit durchdrangen die Themen die öffentliche Diskussion. Ende der 90er konnte eine Frau in fast jeder Stadt Nicaraguas eine Organisation finden, die sie bei rechtlichen oder gesundheitlichen Problemen beraten konnte. Es gab eine Vielzahl spezialisierter Anwält*innen, die über ihre Erfahrung immer wieder Erfolge für Gewaltopfer auch vor Gericht erwirken konnten. Als 1998 Zoilamérica Narvaéz Murillo den Missbrauch durch ihren Stiefvater Daniel Ortega an ihr als Kind öffentlich machte, erhielt sie breite Unterstützung durch die Frauenbewegungen. Die Kampagne gegen Ortega im Zusammenhang mit der Missbrauchsklage vertiefte die Gräben zur FSLN. Im Jahr 2000 folgte eine breite Kampagne zur Gewaltprävention, die schließlich auch das Aufkeimen einer emanzipatorischen Männerbewegung bewirkte. So entstand etwa der Verein von Männern gegen Gewalt (AHCV), der feministische Kampagnen mit stützte und zum Ende des Verbots von Homosexualität beitrug oder 2009 den Marsch der Männer gegen Gewalt organisierte. Auch bildeten sich in den 2000er Jahren verschiedene LGBTQ Gruppen.

Dennoch kam es 2006 zu einem großen Rückschlag, als Abtreibung generell verboten wurde – der Passus, der bis dahin das Recht auf Schwangerschaftsabbruch bei Gefahr für das Leben der Mutter oder des Kindes erlaubt hatte, wurde abgeschafft. Das kollektive Eintreten für ein Recht auf Abtreibung wurde ein Schwerpunkt der Arbeit der Frauengruppen.

Die Frauenbewegung als erste Zielscheibe der ortegunistischen Repression

Es war daher kein Zufall, dass erste Kritik an den autoritären Tendenzen in der FSLN schon vor der erneuten Regierungsübernahme durch Daniel Ortega 2007 gerade aus den Kreisen der Frauen*bewegung kam. Anders als in vielen anderen autoritären Regimen präsentiert sich die Herrschaft von Daniel Ortega und Rosario Murillo weiterhin als „progressiv“ auch in Bezug auf Geschlecht: Themen um Gender stehen in den Plänen fast aller Ministerien, 50% der Abgeordneten der Nationalversammlung sind Frauen, 2014 wurde das Ley 779 als Gesetz gegen Gewalt an Frauen verabschiedet.



Dies steht jedoch im Rahmen einer Diktatur, in der Abgeordnete und öffentliche Angestellte generell keine Entscheidungsgewalt haben und den Beschlüssen des Herrschaftspaares Folge leisten müssen. Entsprechend ist es nicht wie gerade in weiten Teilen der Welt explizit antifeministische Staatsdoktrin, die die Frauenbewegung in Nicaragua bedroht. Vielmehr war es ihre Kritik an der Regierung, die zum Verbot schließlich aller Frauenorganisationen führte. Schon 2017 wurde der Dachorganisation Movimiento Autonomo de Mujeres (MAM) als erster Frauenorganisation die Rechtsperson entzogen und ihre Büros wurden konfisziert. Seit den Protesten 2018 trafen die Verbote dann sukzessive nahezu alle Frauenorganisationen. Ihr Besitz wurde beschlagnahmt und staatlichen Vorzeigeprojekten zugeführt. Ihre Arbeit wurde eliminiert, die Mitarbeiter*innen ins Exil gezwungen oder verhaftet. Zugleich wird der sandinistische Diskurs von der „Geschlechtergleichheit“ fortgesetzt. Er verbleibt allerdings häufig auf symbolischer Ebene. In der Praxis zwingen Polizei und Gerichte die von häuslicher Gewalt betroffen Frauen vor allem zur Mediation mit den Tätern. Immer wieder kommt es bei Anzeigen gegen



häusliche Gewalt zu Beleidigungsklagen von Seiten der Täter, welche wiederum in polizeilichen Führungszeugnissen auftauchen und so Chancen der betroffenen Personen auf dem Arbeitsmarkt erschweren. Gegen LGBTQ-Menschen wurden gezielte queerfeindliche Verleumdungskampagnen geführt, während sich die Bewegung in pro- und anti-sandinistisch spaltete.

Feministische Arbeit in der Diktatur

Der soziale Schaden durch das Verbot der Frauenorganisationen ist hoch. Menschliche und materielle Ressourcen, die für Frauen* wichtig waren wurden zerstört. Dennoch ist ein Teil der von den Frauenorganisation geschulten Promotor*innen für Rechtsberatung, Traumabegleitung und Gesundheit noch im Land und führt individuell und klandestin die Aktivitäten zur Unterstützung und Begleitung der Gewaltopfer fort. Dies allerdings unter sehr hohen Risiken: sie sind von Bespitzelung, Inhaftierung und evtl. Ausbürgerung bedroht und müssen mit strengen Sicherheitsprotokollen arbeiten. Die Anwältinnen finden allerdings in den Gerichten, wo in den letzten Jahren ebenfalls Tausende von Angestellten entlassen worden sind, kaum noch Ansprechpartner*innen, die ihnen wohl-

gesonnen sind. Ins Gerichtsgebäude nehmen sie kein Handy mehr mit, um eine jederzeit mögliche Durchsuchung auf verdächtige Kontakte zu verhindern. Zentral bleiben die Verbindungen zwischen all diesen Aktivist*innen sowohl im Land, als auch virtuell mit ihren exilierten Ex-Kolleginnen. Da informelle Treffen nur noch selten gelingen, ist der direkte Kontakt entscheidend, sei es durch Anrufe, telefonische Beratung zu Rechtsfragen, oder durch Besuche bei den Promotor*innen. Es ist ein Austausch, der nur auf Grundlage der jahrzehntelangen Basisarbeit auf diese Weise gelingt.

Bei den Treffen machen sich die Frauen gegenseitig Mut und tauschen sich aus, machen einen schönen Ausflug oder gönnen sich ein gemeinsames Essen, um die Resilienz unter der erdrückenden Situation zu erhalten. Feministische Bewegungen machen so weiterhin einen zentralen Teil des Widerstands gegen die Diktatur aus.

Feministische Arbeit im Exil

Aufgrund der Repressionen mussten sich in den letzten Jahren viele Aktivist*innen oft Hals über Kopf ins Exil begeben.

Viele Frauen sind von der extremen Situation der Flucht traumatisiert, Kontakte zu Familie, Freund*innen oder Kolleg*innen gehen verloren und viele befinden sich zunächst allein in einer frem-



den Umgebung. Der Zugang zu Arbeit ist schwierig, da auch in Costa Rica oder El Salvador einheimische Fachkräfte meist den Nicaraguaner*innen vorgezogen werden. Gerade in den USA sind viele Aktivistinnen auf finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder oder Verwandten angewiesen. Entsprechend sind die wichtigsten Themen derzeit die Förderung von Resilienz und mentaler Gesundheit, die Traumabearbeitung und die Förderung des Zugangs zu Einkommensquellen oder Studienmöglichkeiten.

In dieser Situation waren die bestehenden Vernetzungen mit Organisationen im Ausland Gold wert und ein verlässlicher Anlaufpunkt. Die Frauen- und Migrant*innen-Organisationen z.B. in Costa Rica und El Salvador haben hier die Mitstreiter*innen aus Nicaragua logistisch und juristisch unterstützt. Wichtige Unterstützung leistet in all diesen Fällen sowie auch bei der Entführung von Migrant*innen durch Drogenkartelle das Red de Defensoras Mesoamericanas. In diesem Netzwerk sind auch noch im Land aktive nicaraguanische Organisationen eingeschlossen. In Zusammenarbeit mit ihnen konnte schon oft eine sichere Ausreise von Frauenrechtsverteidigerinnen erreicht werden.

Seit den starken Kürzungen von USAID 2025 sind die Aktivitäten der Frauen*organisationen im Exil erheb-





lich eingeschränkt. In Costa Rica hat keine der Organisationen wie Las Volcanicas, Puntos de Encuentro oder die Articulación Feminista mehr ein eigenes Büro. Berichte von Aktivistinnen über ihre Erfolge bei der Arbeitssuche oder das Teilen von Stipendien-Möglichkeiten machen zusammen mit Apps mit Information zu der Beantragung von Asyl in den verschiedenen Ländern einen Großteil der Arbeit aus. Formate wie Workshops und Schulungen sind mittlerweile stark eingeschränkt. In den USA sind Aktivitäten unter der Trump Regierung sehr riskant. Trotz allem werden immer noch Erklärungen zu den wichtigsten Tagen wie dem 8. März, dem 28. September (Tag des Verbots der Abtreibung aus medizinischen Gründen) oder dem 25. November herausgegeben.

Sandwich-Repression in den USA und Folge-Exil: Weg aus Costa Rica

Seit Anfang 2025 müssen die in den USA exilierten Nicaraguaner*innen sich nun auch mit der Repression der Trump-Regierung gegen Eingewanderte auseinandersetzen und fühlen sich nicht mehr sicher. Zusammen mit US-Migrant*innen-Organisationen machen sie

Info-Veranstaltungen, um der Verfolgung durch ICE zu entgehen. Viele wurden schon abgeschoben. NEEM (Nicaragua en el Mundo) sind mehrere Fälle bekannt, bei denen die Deportierten bei der Einreise vom Regime zu Hausarrest gezwungen wurden. Die Familienangehörigen mussten unterschreiben, dass sie ihre Verwandten nicht aus dem Haus lassen und jede Woche der Polizei berichten. Einige der Deportierten wurden direkt bei der Ankunft in Nicaragua verhaftet.

Diese Repression von zwei Seiten zu bewältigen, erfordert große Anstrengungen und die Vernetzung in meist virtuellen Treffen z.B. über den Espacio de Diálogo oder die weltweit arbeitende Organisation NEEM.

Nach der Ermordung des oppositionellen Ex-Militärs Robert Sanscam in Costa Rica im Mai 2025 breitet sich das Unsicherheitsgefühl auch in anderen Exilländern aus. Über ein Netz von Spitzeln lässt das Ortega-Murillo-Regime Exilierte überwachen. Deshalb versuchen viele exilierte Frauen nun in Spanien oder anderen Ländern einen sichereren Ort zu finden. Dies bedeutet, sich erneut langwierigen Asylverfahren zu unterziehen und noch einmal neu anzufangen. Auch bei diesem Unterfangen sind die Kontakte zu Frauen aus den feministischen Zusammenhängen wichtig und nützlich.



Auch Erinnern heißt Resilienz und Widerstand

Viele Exilierte sind über die Welt verstreut. Trotzdem schaffen sie es oft, die Kontakte aufrechtzuerhalten und sogar Veranstaltungen zu organisieren. Allerdings ist der Aufwand groß und mit der Zeit werden die Verbindungen unter den Personen durch andere Prioritäten im Alltag erschwert. Auch über Grenzen hinweg ist die Arbeit miteinander von großer Wichtigkeit für die betroffenen Frauen. Dies erfordert Kraft, Durchhaltevermögen und finanzielle Mittel.

Als Teil der internationalen Solidarität bemühen wir uns, nachhaltige Antworten durch Vernetzung und Spendensammlungen zu finden. Schon kleine Geldmengen können hier sehr viel bewirken.

Seit Juni 2024 existiert das Netzwerk SOLFEM, in dem sich Frauen in Nicaragua und im Exil mit Frauen aus der internationalen feministischen Solidarität virtuell treffen. Mit Online-Veranstaltungen wurden auch die Erinnerung an die wichtigsten Schritte und Erfolge der Frauenbewegung Nicaraguas beleuchtet. Da auch Archive über Nacht versteckt werden mussten, werden nun die Sammlungen von Solidaritätsgruppen im Ausland entscheidender, um Dokumente der Frauenorganisationen zu sichern und elektronisch zur Verfügung zu stellen, um daraus für die aktuellen Herausfor-



derungen zu lernen. Die Tatsache, dass auch in Deutschland Aktivitäten wie Kulturveranstaltungen und Netzwerktreffen zu Nicaragua stattfinden, ermutigt auch Aktivist*innen in den USA und Costa Rica, spendet freudige

Momente und Kraft, wie immer wieder in Gesprächen zu hören ist. Erinnern heißt Kämpfen!

Obwohl wir uns oft auch ohnmächtig fühlen, machen diese Berichte deutlich: Wir müssen weitermachen, durchhalten und uns weiter mit Frauen in und außerhalb Nicaraguas vernetzen.





Warum heute internationale Solidarität?

Angesichts vielfältiger rechtskonservativer und neo-liberaler Bedrohungen in Deutschland stellt sich gelegentlich die Frage, auf welche politische Arbeit wir den Fokus legen sollten. Warum sich einsetzen für Menschen in Nicaragua und immer mehr im Exil, gegen eine anscheinend fest etablierte Diktatur ehemaliger Revolutionär*innen, wenn in der BRD Grenzen geschlossen und Menschen abgeschoben werden, wenn rechte Gewalttaten und Hetz stetig ansteigen, NGOs vom Verfassungsschutz überwacht werden, wir bei Errungenschaften von feministischen und Umweltbewegungen einen massiven Backlash erleben und weite Teile des Sozialstaats von Regierungsparteien in Frage gestellt werden?

Diese Entwicklungen sind nur scheinbar national. Orbán und Trump sind positive Beispiele für die AfD, rechte Akteur*innen sind in internationalen Netzwerken aktiv und tauschen sich zu Strategien und Unterstützung aus, antifeministische und fundamentalchristliche Netze aus verschiedenen Ländern finanzieren Kampagnen gegen Abtreibung, eine angedachte Richterin des Bundesverfas-



sungsgerichts und queeres Leben; autoritäre Staaten unterstützen und schützen sich gegenseitig. Auch unser Handeln muss daher über Grenzen hinweg ausgerichtet sein. „Make Solidarity Great Again“ war daher das Motto für ein ganztägiges Fest, das wir im Sommer mit 10 anderen Wuppertaler Gruppen durchführten. Neben einem bunten Angebot an Infoständen zum Austausch und Gesprächen gab es ein Vortragsprogramm zu Krieg, Umweltverschmutzung und Landraub, Welternährung, Menschenrechte, Toleranz und Gleichberechtigung – Themen, die wir auch kommunalpolitisch weiter einbringen werden.



Solidarität ist universalistisch: Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und die Menschenrechte gelten für alle Menschen. Auch wenn unser Fokus auf Nicaragua, Mittelamerika und lokalen Vernetzungen liegt, können wir gegenüber existentiellen Konflikten wie in Israel/Palästina nicht die Augen verschließen. Deshalb haben wir den Aufruf „Für Frieden in Israel und Palästina“ mitgetragen und Veranstaltungen mitorganisiert. Wir verurteilen alle Kriegsverbrechen in diesem Krieg, sowohl die der israelischen Regierung als auch die der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen.



Solidarität verfolgt eine globale Perspektive. Ziel sind gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder Verteilung von Ressourcen über nationale Grenzen hinaus. Für uns heißt das häufig auch: Zuhören. So lernen wir von Partnerorganisationen wie der Fundación del Rio zu den Zusammenhängen der weltweiten Klimakrise mit Landnutzungskonflikten in Nicaragua, zum Wechselspiel globaler CO2-Politik mit konkreten Umweltkämpfen in Mittelamerika/Nicaragua oder zur Organisation von Solidarität vor UN-Gremien, etwa bei der Verhinderung des Bio-Climate-Projekts.

Solidarität ist weiterhin dringend angesagt in der Unterstützung der Zivilgesellschaft Nicaraguas beim Kampf ums Überleben. Wir unterstützen Bäuer*innen gegenüber klimatischen Veränderungen, indigene Menschen gegen illegalen Holzeinschlag, organisierte Teile der Demokratiebewegung bei ihrem Kampf gegen die Diktatur, exilierte Menschen in der Diaspora und nicaraguanische Migrant*innen in Deutschland. Hier machen wir Kämpfe sichtbar, geben eine breitere Öffentlichkeit über unsere Medien, gestalten Austausch und Diskussionsräume, organisieren jährliche bundesweite Netzwerktreffen wie 2025 in Köln (siehe S. 44 f)

und versuchen für unsere Partnerorganisationen die essenziell wichtigen Spenden zu sammeln. Daneben haben wir zusammen mit Frauen aus internationalen feministischen Bewegungen aus Nicaragua, dem Exil und der Solidaritätsbewegung das Netzwerk SOLFEM geschaffen. Hier werden regelmäßige Diskussionen und Austausch organisiert, um über Kommunikation und Vernetzung die Resilienz feministischer Bewegungen zu stärken.

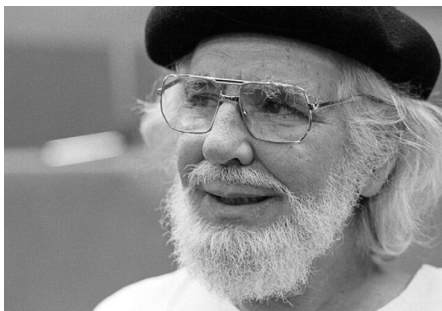
Im solidarischen Engagement müssen aber auch Strukturen und Ursachen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit durchbrochen werden, um eine gerechtere Gesellschaft zu ermöglichen. Die Krisen von Umwelt, Demokratie oder Sozialstaat können nur erfolgreich bewältigt werden, wenn die Reichen stärker an den Kosten beteiligt werden und wenn Unternehmen z.B. in der Energieversorgung, im Wohnungsbau, in der Automobilindustrie vergesellschaftet werden. Wir haben die Kampagne „Tax the Rich“ mit einem Politischen Frühstück zum Thema „Umsteuern und Grundrente“ unterstützt und zusammen mit Gewerkschafter*innen

zur betrieblichen Konversion diskutiert. Für eine echte Konversion zugunsten von Klima und sozialer Gerechtigkeit muss die Eigentumsfrage gestellt werden.



Auch die Welthandelsstrukturen sind weiterhin ungerecht. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren durch vielfältigste Aktionen und Gespräche mit Abgeordneten erreicht, dass ein deutsches und ein europäisches Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht wurde, beides droht nun zurück genommen zu werden. Über

210.000 Menschen haben die Petition von CIR und INKOTA für den Erhalt eines starken Lieferkettengesetzes unterzeichnet. Wir unterstützen den solidarischen Kaffeehandel als konkretes Beispiel, wie Welthandel anders funktionieren kann. Als Miteigner bei El Rojito zeigen wir, dass direkte solidarische Beziehungen zu Produzent*innen möglich sind. In mehreren Veranstaltungen haben wir ein gemeinwohlorientiertes Modell vorgestellt und bieten Verköstigungen an. Im Herbst 2026 begleiten wir die Vertreter*innen der mittelamerikanischen Kaffeegeossenschaften auf einer Rundreise



se in Deutschland. Solidarität heißt auch Erinnern. Im vergangenen Jahr wäre Ernesto Cardenal 100 Jahre ge-

worden. Ernesto verkörpert für uns sehr viel, als Kristallisationspunkt für Revolution, für eine inspirierende Befreiungstheologie, auch für die Gründung des Fairen Handels in Deutschland und als Unterstützer des demokratischen Aufstandes in April 2018. Verschiedene Aspekte seines Wirkens haben wir auf einer Cardenal Woche Ende des Jahres 2025 in unterschiedlichen Formaten, einem Konzert, Podiumsdiskussionen, Creative Writing Workshop, Kunstkalenderpräsentation dargestellt.

„Solidarität ist unsere Waffe“ hieß mit Recht die letztjährige Archivtagung der Falken, auf der internationale Begegnungen, gemeinsame Kämpfe und (enttäuschte) Hoffnungen der Arbeiter*innenjugend, u.a. am Beispiel der Nicaragua-, Chile- und Portugalsolidarität bilanziert und Schlussfolgerungen zum Internati-

onalismus gezogen wurden. Besonders in den Arbeitsgruppen zu Kampagnen, Aktionen und Arbeit vor Ort konnten Erfahrungen nutzbringend ausgetauscht und zukünftige Kooperationen vereinbart werden.

Auch im Netzwerk SOLFEM arbeiten wir gemeinsam daran das historische Gedächtnis der feministischen Bewegung Nicaraguas zu erhalten und für kommende Auseinandersetzungen zu nutzen. Wir sammeln Dokumente und digitalisieren sie – eine Arbeit, die umso wichtiger ist, weil Dokumente in Nicaragua durch die Diktatur und überstürzte Flucht bedroht sind.

Als Infobüro setzen wir vermehrt kulturelle Medien für unsere Anliegen ein. Neben Konzerten und Gesprächen von Gaby Baca in Wuppertal und Ludwing Gómez in Köln haben wir am Kino-Dokumentarfilm „Ein Traum von Revolution“ über die internationalen Brigaden zur Zeit der sandinistischen Revolution und ihren Perspektiven auf Nicaragua heute mitgearbeitet und eine Rundreise des Filmes „Patrullaje“ mit dessen Regisseur Camillo Castro über die Folgen illegaler Viehwirtschaft im Schutzgebiet Indio Maíz im Südosten Nicaraguas mitorganisiert. Die Filme wurden in über 80 Städten gezeigt. Ausgehend von „Patrullaje“ wollen wir weiterhin Aktionen in den Import-Ländern anregen, die





dazu führen, dass der Export von Fleisch und Leder aus Schutzgebieten nach USA und Europa angeklagt werden.

Daneben steht auch weiterhin unsere Bildungsarbeit mit Schulen, Freiwilligengruppen und Multiplikator*innen. Hier haben wir in 2025 wieder ein gutes Dutzend interaktiver Workshops zu Rassismus, Klima und Kolonialismus, Demokratie und Menschenrechten durchgeführt. Ziel sind machtkritische Reflexionen, die Auseinandersetzung mit eigenen Positionierungen und Handlungsfähigkeit. Mit der GEW fand eine Lehrer*innenfortbildung zum Thema Rassismus statt und im Dezember ein Multiplikator*innenseminar zu Demokratie und Globalem Lernen in Thüringen. Zudem haben wir die Begleitbroschüre zum Banner und Wimmelbild „Mesoamérica Resiste“ des Beehive Kollektivs auf Deutsch übersetzen können. Das Banner mit vielfältigen Perspektiven zu Mittelamerika, ihrer Kolonisierung und vielfältigen Widerstandsbewegungen kann bei uns ausgeliehen werden.

Erfahrungen aus 50 Jahren

In diesen Wochen wird die Nicaragua Solidaritätsbewegung 50 Jahre alt. Nicaraguanische und deutsche Studierende hatten in Köln und Göttingen internatio-

nalistische Aktionen gestartet. Ernesto Schmidt Cuadra gründete als ASTA-Auslandsreferent Mitte der 70er Jahre den antiimperialistischen Trikontinentalen Bund zur Solidarität mit kämpfenden Völkern im globalen Süden. Als er nach seiner Rückkehr in Nicaragua von der Diktatur gefangen gesetzt wurde, entwickelte sich 1976 von Deutschland aus eine erfolgreiche Kampagne zu seiner Freilassung. Anschließend unterstützte er als FSLN-Vertreter die Gründung von Solidaritätsbüros in Deutschland.

Die jahrzehntelangen Erfahrungen sind für uns Anlass, unser Wissen weiterzugeben und auch für aktuelle linke Bewegungen zugänglich zu machen. Wie konnte eine so breite Bewegung entstehen, was waren ihre Motive und Erfolgsfaktoren? Wie hat sie sich als transnationale Bewegung organisiert? Welche Rolle spielte der Erfahrungsaustausch zwischen nicaraguanischen und deutschen Aktivist*innen? Welche Leitbilder wurden geprägt? Und: welche Erfahrungen können nutzbringend weitergegeben werden für die dringend notwendige internationale Klimabewegung, die mit uns vor existentiellen Herausforderungen steht? Neben mehreren Veranstaltungen werden wir 2026 ein neues Nahua Script „Sandinistische Revolution und internationale Solidarität: Kontinuitäten und Brüche einer 50jährigen Beziehung“ herausbringen. Auch eine Podcast-Reihe zu Erfahrungen aus der Solidaritätsbewegung ist geplant.

Letztendlich bleibt Solidarität gemeinsame politische Arbeit und füreinander Einstehen. Die Aussage der Aborigine Activist Group aus den 1970ern bleibt auch heute aktuell:

„Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine Freiheit mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten.“

Vernetzungstreffen

Am 14./15.11. fand an der Universität Köln das diesjährige Vernetzungstreffen der Nicaraguagruppen statt. In einer gelungenen Kooperation zwischen dem Infobüro, dem Städtepartnerschaftsverein Köln-Corinto und dem Zentrum Lateinamerika der Uni trafen sich mehr als 100 Menschen. Das Zusammentreffen von jungen Studierenden und Forschenden, alten und neuen Nicaragua-Aktivist*innen und vielen Nicaraguaner*innen im Exil machte die Diskussionen besonders fruchtbar und zeigte eine Vielfalt von Perspektiven auf.

Am Freitag berichteten drei Doktorand*innen über ihre Forschung zum Verhältnis der deutschen Friedensbewegung und Zentralamerikasolidaritätsbewegung in den 80er Jahren, über Mechanismen der Mobilisierung Jugendlicher und über das Entstehen der autonomen Frauenbewegung in Nicaragua. Danach sprach Dr. Ernesto Medina (ehemaliger Rektor verschiedener Universitäten) über die Rolle der Unis und der Studierendenproteste im Kampf für die Demokratie seit den 60er Jahren bis heute.



Den Abschluss bildete ein Gespräch mit Dora Maria Tellez (ehemalige Guerillakommandantin und Historikerin) und Ana Margarita Vijil (Anwältin und ehemalige Präsidentin von UNAMOS). Beide waren



über ein Jahr lang politische Gefangene. Sie analysierten den Verlust der Hegemonie durch das Regime, die wirtschaftliche Krise und die Möglichkeiten eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs.

Am Samstag tauschten sich mehr als 70 Vertreter*innen aktiver Soli-Gruppen aus 13 Städten über die Möglichkeiten der Einflussnahme der Zivilgesellschaft aus. Die Begegnung mit vielen langjährigen Bekannten und Freunden, die Gespräche mit vor allem jungen Nicaraguaner*innen im Exil und die spürbare menschliche Anteilnahme trugen in dieser schwierigen Phase zur Resilienz bei und motivieren uns für zukünftiges Engagement.

Spenden nach Nicaragua 2025

Die 2024 eingegangenen Spenden für Nicaragua haben wir wieder an Netzwerke der Frauenbewegung, Netzwerke der Protestbewegung, an Menschenrechtsgruppen und zu Umweltschutzorganisationen, weitergeleitet.

Feministische Frauennetzwerke in und außerhalb Nicaraguas	3000 €
Netzwerk Sozialer Bewegungen (AMS) Oppositionsgruppe im Exil	2900 €
Unterstützung indigener Gruppen im Exil	2900 €
Unterstützung der Arbeit zum Umweltschutz	2900 €
Bäuerliche Ansiedlung im Exil (Costa Rica)	2900 €
Unterstützung politischer Gefangener/ und exilierter Ex-pol. Gefangener	2900 €
Gesamt	17.500 €

Zum Schutz unserer Partnerorganisationen, die jetzt z.T. im Exil sind, machen wir keine genaueren Angaben. Näheres gerne auf Nachfrage.

Unsere Partnerorganisationen sind gerade auf unsere Spenden angewiesen, weil sie diese flexibel einsetzen können, wo der akute Bedarf am größten ist. Das ist in der aktuellen Situation enorm wichtig.

Spendenkonto des Informationsbüro Nicaragua für die Arbeit in & zu Nicaragua
IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

für den Rechtshilfefonds
IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79

Über die Unterstützung unserer Arbeit durch Spenden freuen wir uns!

Auch wir sind mehr denn je auf eure Spenden angewiesen.

Spendenkonto des Informationsbüro Nicaragua für Öffentlichkeitsarbeit
IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

jeweils bei der
Stadtparkasse Wuppertal
BLZ: 330 500 00
SWIFT-BIC: WUPSDE33





script

20

**Sandinistische Revolution
und internationale
Solidarität:** Kontinuitäten
und Brüche einer
fünfzigjährigen Beziehung

Was ist übrig geblieben von den Strukturen der Revolution und der internationalen Solidarität? Was waren die Gründe und. Erfolgsfaktoren der Nicaragua Solidarität? Wie hat sich die Sicht im Kontext der Entwicklungen in Nicaragua und in politischen Bewegungen verändert? Vor welchen Aufgaben steht heute die Solidaritätsbewegung angesichts Klimakrise und repressiver Regierung? Das Buch richtet sich sowohl an Aktivist*innen aus Städtepartnerschafts- und Nicaraguagruppen, als auch an junge Menschen, die zum Zeitpunkt der Geschehnisse ihr Leben noch nicht begonnen hatten.

Mit Beiträgen von María Teresa Blandón,
Lucila Campbel, Karsten Hackländer, Erika Harzer,
Klaus Heß, Anne May, Silvio Prado, Matthias Schindler,
Cecile Stehrenberger, Dora Maria Tellez u. a.

192 Seiten. 10 €, ab 10 Exemplare je 8 €.
Bezug Informationsbüro Nicaragua e.V.